

# Volks-Zeitung

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt  
Illustrierter Familien-Zeitung und  
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Er erscheint täglich einmal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends.  
Abonnementspreis für Gr.-Bl. 20 Pf. wöchentlich, bzw. 85 Pf. monatlich, frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.50, Abonnementpreis für auswärtig bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.90 und vierteljährlich Mark 2.70. Inseratspreis für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen: das Wort 2 Pf. das letzte Lebensjahr 15 Pf. Redaktion und Haupt-Expedition: S.W. Jerusalemstr. 46-48, Tel.-Amt. Nr. 10133-10148. Chesdruckerei: Karl Volz, Berlin W.

Filele: Prinzessstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1-6, Frankfurter Allee 61-63, Gr.-Frankfurterstr. 41 und 47, Prenzlauer Allee 54, Schumannstr. 1, Schützenstr. 27, Badstr. 26, Köpenickerstr. 46-47, Rosenthalerstr. 46, Bismarckstr. 2, Potsdamerstr. 10, Leipzigerstr. 10, Bismarckstr. 49, Charlottenburg: Bismarckstr. 2, Bismarckstr. 26, Schillerstr. 26, Frankfurterstr. 41, Berlinerstr. 26, Bismarckstr. 26, Gr.-Lichterfeldestr. 47, Carlsstr. 1-3, Bismarckstr. 49, Hauptstr. 11, Alexanderstr. 11, Schöneberg: Hauptstr. 15, Martin-Luther-Str. 9, Tegel: Berlinerstr. 26, Weissenhof: Berliner Allee 25, Wilmersdorf: Ullrichstr. 68-70, Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

## Die Stimmen im „ewigen Bund“.

Seit vierzig Jahren besteht der „ewige Bund“, den nach der Reichsverfassung der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes mit den Landesherren von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen geschlossen hat und dem die Bezeichnung „Deutsches Reich“ gegeben worden ist. Zu den Bundesstaaten, die das neue Reich umfaßte, ist am 9. Juni 1871 Elsaß-Lothringen hinzugekommen. Die Reichsländer haben keine Stimmvertretung im Bundesrat; nur dann, wenn Vorklagen aus dem Gebiete der elsass-lothringischen Landesgesetzgebung oder besondere Interessen des Bundesstaates den Bundesrat beschäftigen, kann der Statthalter Kommissare entsenden, die an den Verhandlungen, jedoch nur mit beratender Stimme, teilnehmen.

Da eine zeitgemäße Verfassungsreform für Elsaß-Lothringen, wie die letzten Vorgänge gezeigt haben, anscheinend noch in weitem Maße liegt, wird an diesen merkwürdigen Verhältnissen kaum etwas geändert werden, obwohl der Einwohnerzahl nach die Reichsländer heute unter den Bundesstaaten an sechster Stelle stehen und nur noch von den vier Königreichen und dem Großherzogtum Hessen übertrifft werden. Aber auch sonst ist an dem Stimmverhältnis keine Veränderung in vier Jahrzehnten eingetreten, so daß die großen Reichsbildungen in der Bevölkerungsgesichte keine Berücksichtigung gefunden haben. Wie man einer gerechten Verteilung der Wahlkreise im Reiche und in Preußen widerstrebt, so stellt man sich auch in den Kreisen der Reichsregierung, als seien die vierzig Jahre spurlos vorübergegangen und als wäre alles beim alten geblieben.

Neuerungen lassen sich freilich in der Reichsverfassung sehr schwer durchführen. Preußen verfügt über sieben von achtundwanzig Stimmen und es führt zugleich die eine Stimme Waldecks; es gibt in bestimmten Fällen mit der Stimme des Reichspräsidenten auch, soweit sie sich auf den Bundesrat bezieht, noch heute auf der Grundlage der Verhältnisse von 1871 aufgebaut, zum Teil sogar auf der Grundlage der Bevölkerungszahl zur Zeit des frankfurter Bundesgesetzes (1863).

Das Deutsche Reich zählte bei seiner Gründung rund 41 Millionen Einwohner, während jetzt der preussische Staat allein etwa 40 Millionen umfaßt, auch in anderen Bundesstaaten die Bevölkerung in ähnlicher Weise, bei manchen in diesen in weit höherem Maße, gewachsen ist. Nehmen wir nun einmal das Beispiel der schon erwähnten beiden Bundesstaaten Mecklenburg-Strelitz und Hamburg. Im Jahre 1871 zählte Mecklenburg-Strelitz 96 982, im Jahre 1910 dagegen 108 300 Einwohner; Hamburg stieg die Einwohnerzahl von 1871 bis 1910 von 338 974 auf 1 018 700. In den reichthümlichen Ostpreußen, vollständige Stationen — in den vier Jahrzehnten entfällt durchschnittlich auf jedes Jahr eine Zunahme von 165 Einwohnern — in der frisch aufblühenden, mächtig amporftrebenden freien Stadt Hamburg eine großartige Entwicklung auf nahezu das Dreifache der früheren Bevölkerung! Und die Stimmenverteilung im Bundesrat? Mecklenburg-Strelitz mit seinen kaum hunderttausend Einwohnern hat, wie vor vierzig Jahren, ebenso eine Stimme im Bundesrat wie Hamburg mit seiner zehnmal größeren Bevölkerung!

Am nächsten kommt der Einwohnerzahl nach Hamburg das Großherzogtum Hessen, das nach der neuesten Volkszählung 1 282 100 Einwohner zählt, also unweitlich mehr als Hamburg. Hessen hat mit drei Stimmen im Bundesrat vertreten, mit nur 839 879 Einwohnern und Braunschweig mit nur 494 387 Einwohnern haben je zwei Stimmen.

Das Königreich Sachsen und Württemberg hatten 1871 Bevölkerungszahlen, die nicht die großen Unterschiede aufweisen, wie in unserer Zeit (Sachsen 2 556 244, Württemberg 1 818 539). Heute beträgt die Einwohnerzahl Sachsens 3 470 000, Württemberg 2 435 000; Sachsen hat mithin genau die doppelte Bevölkerungszahl. Doch auch jetzt ist die Stimmenverteilung im Bundesrat dieselbe; beide Staaten sind mit je vier Stimmen vertreten.

Diese Beispiele erbringen den Beweis dafür, daß auch die Bestimmungen über die Zusammenlegung des Bundesrats einer Revision bedürfen. Das Stimmverhältnis in dieser Hinsicht entspricht ebenmäßig der Gerechtigkeit, wie die veralteten Wahlkreiseinteilungen im Reich und in vielen Einzelstaaten.

Das neue Eisenbahnsteuergesetz ist im Eisenbahnministerium fertiggestellt worden und wird dem Abgeordnetenhaus in nächster Zeit vorgelegt. Neben den Rollen für die Bestellung zweiter und weiterer Gleise bestehender Eisenbahnstrecken fordert der Entwurf auf den Selbstbau für den Ausbau der Nebenbahn Nord-Sachsen die Hauptbahn und zum Bau einer verkehrstechnischen Eisenbahnbindung zwischen Wülstern a. Rh. und Rastfeld bei Köln an Stelle der aufgegebenen Schiffschiffahrt, ferner weitere Rollen zur Ein-

## Kurze Chronik.

Das englische Konsulnamt rüdet an die französische Regierung offiziell eine Hochkommission, aber nichtsförmiger bringende Aufforderung, sich bei ihrem weiteren Vorgehen in Marokko Hülfe an die Bestimmungen der Algeciras-Akte zu halten.

In der Einzelheit in Rom wurde gestern in Anwesenheit des Königs von Italien, der Minister usw. die Ausstellung für internationale photographische Kunst eröffnet.

Die Postkonferenz in Münden hat ihre Plena-Sitzungen beendet.

Die Hauptstadt von Niederländisch-Östindien Batavia ist für Choleraerkrankung erklärt worden. Am Sonntag waren 28 Cholerafälle zu verzeichnen.

Mehreres im Text des Blattes.

richtung elektrischer Zugförderung auf der Strecke Pöschau-Bitterfeld und einigen städtischen Gebirgsbahnen, schließlich 82 Millionen für die außerordentliche Beschaffung von Fahrzeugen für die bestehenden Staatsbahnen. Die Aufwendungen, die für diese neuen Bedürfnisse auf den Gesamtetat zu verweisen sind, betragen etwa 150 Millionen Mark, die durch Anleihen zu decken sind; ferner wird der Entwurf den Bau einer Reihe neuer Lebensbahnen vorgelegt, deren Bau, wie in allen Lebensbahngesetzen nötig, von gewissen Vorbedingungen abhängig gemacht wird.

## Nach der ersten Vernehmung.

Eine Unterredung mit dem „Scher“ Ratho.  
(Telegraphisches unferes Korrespondenten)

Amn, 24. April.

Ich sprach gestern mit Herr Ratho, der erst gestern abend spät aus Berlin zurückgekehrt ist. Nicht in seinem Wesen verrät eine Gemüthsveränderung, er war ganz der aufrechten, herzliche und im besten Sinne frohliche Mensch wie sonst. Von der Verhandlung vor dem Spruchkollegium erzählte er folgendes: Was dessen äußerliche Gestaltung betrifft, so hätte er weder einen optimistischen noch einen pessimistischen Eindruck davon gehabt. Nach seinem persönlichen Empfinden steht er einem non liquet gegenüber. In vier Wochen sei die Hauptverhandlung, zu der er noch seine schriftlichen Anträge machen werde. Auch die Gemeindevorsteher würden in dieser Zeit noch gehört. Eine Woche vor Beginn würde er eine endgültige Entscheidung darüber zu haben, ob er die Gemeinde der Gemeinde beibehalten oder nicht. Er konnte übrigens das Spruchkollegium nicht als eine Institution anerkennen, die sich mit dem Prinzip des evangelischen Glaubens vereinbaren lasse. Nur seiner Gemeinde gegenüber fühle er sich als evangelischer Prediger verantwortlich. Wie auch die Entscheidung fallen werde, jedenfalls würde er einen Waisenaustritt aus der Kirche, soweit in seinen Kräften liege, verhindern; denn das müsse der Orthodoxie das Feld räumen. Der Wahlsatz zu den Repräsentanten müsse von den liberalen nicht gestoppt werden. Der Wahlsatz sei das einzige Mittel der Gemeindeglieder, ihre Zustimmung zur Stellung zu bringen. Etwa siebenzig Prozent der evangelischen Bevölkerung Kölns dürfe er als auf seiner Seite stehend betrachten, aber seine Predigten würden auch von Katholiken und Juden verfolgt. Er dürfe also nicht hoffen, daß er das Spruchkollegium in einer Weise überzeuge, seine Denunziation unter den orthodoxen Anstrebenden zu jagen, da sie eine dahingehende Erklärung abgegeben hätten. Lediglich sei seit Sommer vorigen Jahres seine Denunziation gegen ihn mehr eingelaufen. Wichtigens hat das Spruchkollegium nur auf Punkte bis zu diesem Zeitpunkt zurückgegriffen. Bis zur Hauptverhandlung bleibe auch er über weiteres im Spruchkollegium im dunkeln; er sehe dem Urtheil aber ungebrochenen Mutes entgegen.

## Infolge Kriegervereine.

Der Landrat des Kreises Altenstein, Dr. Pauly, muß merkwürdige Erfahrungen in einzelnen Kriegervereinen gemacht haben, die er sich in einem Rundschreiben an die Kriegervereine seines Bezirkes zu der folgenden öffentlichen Ermahnung verleiht:

Ich möchte das Angekommene der Vorstehenden der Kriegervereine auf die bei Vereinsfestlichkeiten veranstalteten Aufführungen richten und Sie bitten, es sich aneignen lassen zu lassen, daß dabei nicht solche Aufführungen oder Gesänge zum Vortrage gelangen, die als unzüchtig sind, wie dies gelegentlich vorzukommen ist. Das nicht zuzulassen, verlangt die Würde der Vereine, ebenso wie die Möglichkeit (!) Veränderung jeder Art von Wöllerei und Streitigkeiten. Im letzteren vorzubeugen, möchte ich zu erwidern geben, ob es wirklich nötig ist, bei Kriegergeburtstagen und anderen Vereinsfestlichkeiten oder Veranstaltungen um Konzessionsveränderungen bis lange nach Mitternacht einzufommen. Die Spiele und vielfach kumulierte Feiern des Namens, verbunden mit reichlichen Getranks, ist nur geeignet, die gute Sache der Kriegervereine in Verzug zu bringen, zumal bei den Frauen. Sollen die Kriegervereine die von diesen erwarteten Erfolge: die Entfaltung jodistischer Geistes und guter vaterländischer Gesinnung bringen, so bedürfen sie der Mitarbeit und Sympathie der Frauen der Kameraden, und es darf den Vereinen nicht mit Recht unterstellt werden können, daß es nur Kriegervereine wären. Sind die weiblichen Familienangehörigen — und bis zu

gewissen Grade auch die Kinder — bei den Vereinsveranstaltungen zugegen, so werden einerseits Unzuchtlichkeiten und Exzessen seltener, andererseits die Ausgaben für die ganze Familie werden aber spärlicher höher sein, als sonst für den Mann allein. So ist es schon in einigen Kriegervereinen, so muß es aber in allen werden; denn werden sie auch über Mangel an Mitgliedern und Teilnehmern bei ihren Festen nicht zu klagen haben?

Dieser landräthliche Rathschrei läßt tief blicken!

## Erstwahl

### im vierten Berliner Landtagswahlkreise.

Die Sozialdemokraten gewannen 22 Mandate.

Die gestrigen Wahlmännerversammlungen im vierten Berliner Landtagswahlkreise haben der Sozialdemokratie einen Gewinn von insgesamt 22 Mandaten gebracht. Von den zu wählenden 127 Wahlmännern in der zweiten Abteilung hatten 117 der Fortschrittlichen Volkspartei, 10 der Sozialdemokratie angehört. Bei der gestrigen Erstwahl verloren die Freisinnigen nicht weniger als 20 Mandate an die Sozialdemokraten, so daß die Freisinnigen in der zweiten Abteilung jetzt über 96, die Sozialdemokraten über 30 Wahlmänner verfügen; eine Wahl ist nicht zulassend gekommen.

In der ersten Abteilung, in der 141 Wahlmänner zu wählen waren, haben die Freisinnigen ihren Besitz von 139 Mandaten behauptet, zwei Mandate sind in sozialdemokratischem Besitz geblieben.

In der dritten Abteilung, in der von den zu wählenden 110 Wahlmännern die Fortschrittliche Volkspartei in drei Bezirken fünf Mandate zu verteidigen hatte, eroberten die Sozialdemokraten zwei Mandate.

Bei den gestrigen Erstwahlen haben also in allen drei Bezirken die Freisinnigen 238, die Sozialdemokraten 139 Mandate erhalten. In Gültigkeit sind die im Jahre 1910 gewählten 112 Wahlmännermandate geblieben, von den insgesamt den Freisinnigen 89, den Sozialdemokraten 78 Mandaten gebühren.

Die Fortschrittliche Volkspartei verlor also jetzt im ganzen über 277, die Sozialdemokratie über 212 Wahlmänner. Die Abgeordnetenwahl findet am 28. Mai statt; es stehen sich Herr Robert Kreitzing (Fortschrittliche Volkspartei) und Herr Carl Grünwald (Sozialdemokratie) gegenüber.

## Der Waffenstillstand in Mexiko.

(Telegraphische Berichte.)

El Paso, 24. April.

Der Führer der Nationalisten, Madero, und der Regierungsvorsteher Carranza haben einen fünfjährigen Waffenstillstand unterzeichnet, der gestern mittag seinen Anfang nahm. Die Friedensunterhandlungen werden sofort aufgenommen werden.

New-York, 24. April.

Wie der „Associated Press“ aus Mexiko gemeldet wird, zeigt die Regierung keine Eile, ihre Zustimmung zu einem Waffenstillstand zu erklären zu geben. Allgemein werde angenommen, daß die Revolution bald beendet sein wird. Wenn auch nicht vorausgesetzt werden könne, welches der Friedensbedingungen sein werden, so sei doch als sicher anzunehmen, daß ein förmlicher Austritt des Präsidenten Diaz nicht darin eingebracht sein wird.

## Das marokkanische Abenteuer Frankreichs.

Eine englische Warnung.

Die englische Regierung läßt an Frankreich die frumdlische Mahnung ergehen, ihre Operationen in Marokko nicht über die Befugnisse hinaus auszubehnen, die ihm die Algecirasakte gewährt. Aus London wird uns telegraphisch berichtet:

London, 24. April.

Die offizielle „Westminster Gazette“ spricht die Überzeugung aus, daß die französische Regierung keine militärische Expedition in Marokko beschließen dürfe, sofern nicht internationale Vereinbarungen herbeiführen würde, zweitens wegen der inneren Schwächen, die dieser Operation entgegenstehen. Das Blatt fährt fort: Wir hoffen, daß die französische Regierung bedachtsam handeln und so weit wie möglich sich darauf beschränken wird, der eingeborenen Truppen französische Offiziere zu geben. Wie sollen ferner, daß sie internationale Grenzschutzkräfte senden und ihre Nachbarn von jedem Schritt, den sie zu tun beabsichtigen, genau unterrichten wird. Die deutsche Regierung kann nicht auf Einbruch gegen Marokko erleben, die für die Sicherheit der französischen Mission und der Europäer in Fez notwendig sind, aber sie wird sicher fordern, daß der Algecirasvertrag in Geist und Buchstaben eingehalten wird, und darin ist sie natürlich völlig in ihrem Recht.

Im Interesse des europäischen Friedens ist es dringend zu wünschen, daß die wohlgemeinten englischen Rathschläge seitens des Pariser Kabinetts beachtet und befolgt werden.

Die Lage in Fez.

Zanger, 24. April.

Wie aus Fez vom 17. April gemeldet wird, ist die Stadt ruhig und die Lage unverändert. Die Uled Djamaa verlangen als Lohn für ihre Unterwerfung die Absetzung ihres Kaisers Bagdad. Der Nachfolger sagt ihnen in der Hoffnung, daß sie unterwerfen werden, Erfüllung ihrer Forderung zu.

Aus Rabat wird gemeldet, die Comités aus dem Schanagahgebiet hätten am 17. April das erste Heer des Sultans abgelehrt, wo die Basis für die Konzentration sein soll. Die im Schanagahgebiet